Mittwoch, 18. Oktober 1922. **Einzelnummer 50 Mark.** 61. Jahrgang. Nr. 236.

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 700.—
in den Ausgabestellen 750.—
durch Zeitungsboten 800.—
am Postamt . 990.—
ins Ausland 100 deutsche Mk.

Fernsprecher: 2273. 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.



Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 50.—M. Reklameteil 180.—M. Stellen-Gesuche und -Angebote . . 40.—M.

Für Aufträge aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 10.— d. M. „ „ Reklameteil 36.— d. M

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Ursachen der deutschen Markentwertung.

Über dieses Thema schreibt die „Königsberger Hartungsche Zeitung" folgendes: Die völlige Entwertung der Mark nach dem Abkommen mit Belgien, das für Auslandszahlungen Deutschland eine Atempause gewährte, ist durch politische Gründe nicht zu erklären. Politisch ist die Atmosphäre sicherlich keine ungünstigere geworden, nachdem in Frankreich anscheinend mehr und mehr die Überzeugung Raum gewinnt, daß die Politik der Drohungen und Gewaltmaßnahmen, wie sie Poincaré noch in Bar-le-Duc vertrat, keineswegs zum Ziele führt. Da diese Überzeugung in England und Italien sich bereits seit längerer Zeit durchgesetzt hat und nur noch Frankreich aus politischen Gründen an seiner Haßpolitik festhält, ist die politische Situation im Gegenteil für Deutschland günstiger geworden. Der Eifer, mit dem zurzeit in Frankreich an den Sachlieferungsabkommen zwischen den deutschen Produktionsgruppen und den französischen Wiederaufbauorganisationen gearbeitet wird, läßt erkennen, daß sich auch dort mehr und mehr der Gedanke einer wirtschaftlichen Solidarität der Interessen Bahn bricht.

Wenn jedoch die Entwertung der Mark durch die politische Lage Deutschlands nicht begründet werden kann, wird man zu dem Schluß kommen müssen, daß rein wirtschaftliche Gründe zu der Währungskatastrophe geführt haben. In weiten Kreisen ist in Deutschland nun die Überzeugung verbreitet, daß eine der Hauptursachen der Markentwertung die Devisenspekulation ist. Die Reichsregierung hat sich dieser Anschauung angeschlossen, und die Verordnung des Reichspräsidenten sucht den Ankauf von Devisen aus spekulativen Gründen völlig zu unterbinden. Man kann anerkennen, daß die Verordnung sich bemüht, nur den illegitimen Devisenhandel zu treffen; ob die Maßnahmen jedoch eine wesentliche Verbesserung oder auch nur eine Stabilisierung des Markkurses herbeiführen werden, bleibt abzuwarten. Es mag sein, daß auch in Deutschland die Spekulation wesentlich zur Verschlechterung des Markkurses beigetragen hat. In einem Artikel des Reichstagsabgeordneten Dr. Deermann, eines Mitgliedes der Bayerischen Volkspartei, wird darauf hingewiesen, daß namentlich im besetzten Gebiet ein außerordentlich lebhafter Devisenhandel besteht, und daß dort auch das Privatpublikum, selbst Lehrlinge, Briefträger, Droschkenkutscher usw. fremde Geldwerte in großem Umfange erwerben. Das ist zweifellos richtig. Der Grund aber liegt in der Hauptsache wohl in der Überschwemmung des besetzten Gebiets mit fremden Aufkäufern, die sich die hohe Kaufkraft der ausländischen Währung zunutze machen. Wenn Deermann sagt, daß dort der Zigarrenhändler, der Kellner und der Droschkenkutscher gern Dollars oder Pfundnoten auch bei kleinen Einkäufen und kleinen Forderungen in Zahlung nimmt, so ist das wohl erklärlich, denn er wird schon beim Wechseln einen erheblichen Verdienst haben, und der Gewinn muß sich steigern, wenn die Mark fällt. Auch die Besatzungstruppen bringen mit ihrer Löhnung erhebliche Beträge ausländischer Währung in Umlauf und erleichtern so dem kleinen Gewerbetreibenden Angestellten und Arbeiter den Erwerb von Auslandszahlungsmitteln gegen deutsche Mark. Wo aber, wie in Nord- und Ostdeutschland und in erheblichen Teilen des übrigen Reichsgebiets, diese Ausnahmeverhältnisse nicht existieren, wird sich der Umsatz an ausländischen Noten in den Kreisen des Privatpublikums doch immer nur auf eine verhältnismäßig kleine Personenzahl von Spekulanten beschränken, die durch die Spekulation ihre Einnahmen erhöhen wollen. Wesentlich kann dieser Umsatz bei der Kursbildung der Devisen, die in der Hauptsache von unserer Handelsbilanz abhängt, wohl kaum mitsprechen, und trotz des Verbots dürften im besetzten Gebiet, selbst wenn die Rheinlandkommission — was bei ihrer bisherigen Haltung ungewiß ist — die Verordnung für das Okkupationsgebiet in Wirksamkeit läßt, die Zustände sich nicht wesentlich ändern. Im übrigen darf man nicht vergessen, daß der Kurs der Mark nicht in Deutschland allein gemacht wird, sondern daß die **Börsen in Newyork, London, Amsterdam, Zürich und Paris** dabei entscheidend mitsprechen. Welchen Anteil die deutsche Spekulation an der Kursbildung hat, wird sich erst jetzt zeigen. Es wäre aber verfehlt, mit allzu großem Optimismus Erwartungen an die Verordnung des Reichspräsidenten zu knüpfen, von denen man schon heute sagen muß, daß sie sich nicht voll erfüllen können.

Die zweite Maßnahme der Reichsregierung, die Ausgabe von goldwertigen, mit 4 v. H. zum Goldkurs verzinsbaren und nach 20 Jahren einlösbaren Schatzscheinen soll denen, die ausländische Devisen gekauft haben, nicht um einen Spekulationsgewinn zu erzielen, sondern nur, um ihre Vermögenssubstanz zu erhalten, Gelegenheit zur Anlage in deutschen Werten geben. Die näheren Bestimmungen über diese Goldschatzscheine liegen noch nicht vor, doch erscheint es zunächst fraglich, wie die Verzinsung zum Goldkurs und die Rückzahlung gesichert werden können. Da die Reichsbank als autonomes Institut für Verzinsung und Rückzahlung dieser Goldschatzscheine vermutlich keine Garantie übernehmen kann, und mit ihrem Goldbestande dafür nicht haften wird, dürfte die Sicherung ganz in der Luft schweben. Es liegt also die Gefahr vor, daß die Goldschatzscheine, ebenso wie der lettische Lat, nicht wertbeständig bleiben, sondern im Kurse zurückgehen. Sollte aber das Reich für diese Goldschatzscheine eine besondere und ausreichende Garantie zu schaffen in der Lage sein, so muß sich dadurch naturgemäß die Sicherheit für die fundierte und schwebende Schuld des Reiches, der Länder und der Gemeinden und damit auch für die Reichsbanknoten erheblich vermindern. Es würde also die Ausgabe der Goldschatzscheine darauf hinauslaufen, daß wir damit Inlanddevisen schaffen, die ebenso wie hochwertige Auslanddevisen den Kurs der Mark weiter herabdrücken müßten. Die Gefahr, daß das geschieht, ist um so größer, als das Ausland sicherlich bestrebt sein dürfte, die vielen Milliarden entwerteter Markbeträge in Goldschatzanweisungen umzutauschen, und daß damit vom Auslande her ein Ueberangebot von Mark erfolgt. Es ist auch fraglich, ob die Ausgabe von Goldschatzscheinen geeignet ist, die Inflation zu hemmen; es scheint im Gegenteil, daß durch die Ausgabe solcher Schatzscheine weitere zusätzliche Kaufkraft geschaffen wird, die in ihrem Endeffekt inflatorisch wirkt, und die Preise auf dem Inlandmarkt weiter in die Höhe treibt. Wenn es gelingt, für die Goldschatzscheine eine ausreichende Garantie zu schaffen, könnte allerdings vielleicht eines erreicht werden: die Herauslockung gehamsterter Geldscheine. Doch selbst dieser Erfolg ist noch fraglich, da die Aufspeicherung von Banknoten in der Hauptsache wohl auf die Steuerfurcht zurückzuführen ist.

Einen vollen Erfolg werden daher die Maßnahmen der Reichsregierung nicht haben. Wir können einen solchen nur erwarten von der Einsicht im Auslande, daß die Erhaltung der deutschen Wirtschaft für die gesamte Weltwirtschaft notwendig ist. In der Reparationskommission soll nach englischen Nachrichten Bradbury für ein vollständiges Moratorium für Deutschland auf ein bis zwei Jahre eintreten wollen, und auch in Frankreich scheint man allgemach sich des Ernstes der Lage bewußt zu werden. Wenn dieses Moratorium — in der Reparationskommission hat man ja angeblich bereits einen fertigen Sanierungsplan — nicht mit unannehmbaren Kontrollmaßnahmen nach dem Muster von Österreich und mit unerfüllbaren Sachlieferungsbegehren beschwert ist, und wenn die Wirtschaftskraft Deutschlands durch eine ausreichende, zu erträglichen Bedingungen gegebene Produktionsanleihe gehoben wird, dann nur wird es möglich sein, der Mark einen stabilen Wert zu geben und ihre Zahlkraft allmählich auch zu erhöhen.

Republik Polen.

Mögliche Repressalien in der Jaworzynafrage.

Die tschechische Zeitung „Tribuna" (Organ des Präsidenten Masaryk) meldet, daß die polnische Regierung in der Jaworzynafrage verschiedene Maßnahmen ergreift, um die Ratifizierung des Vertrages zu erzwingen. Die polnische Regierung wird verlangen, daß die ostgalizischen Emigranten aus der Tschechoslowakei ausgewiesen werden, und die ukrainische Volksuniversität in Prag geschlossen wird, weil sie der Zentralpunkt der ukrainischen Irredenta sei. Es wird über verschiedene Repressalien gesprochen, falls die tschechische Regierung die Forderungen der polnischen Regierung nicht erfüllt. Man will einen Warenboykott inszenieren und den polnisch-tschechischen Vertrag nicht anerkennen. Die Warschauer Regierung will ferner den seit dem Weggang des Gesandten Piltz unbesetzten Gesandtenposten in Prag nicht besetzen, so lange sich die Tschechoslowakei mit Polen in diesen Fragen nicht geeinigt hat.

Generalsuperintendent Bursche

wurde mit dem Kommandeurkreuz des Ordens Polonia Restituta ausgezeichnet. Der Orden wurde ihm am Sonntag durch den Ministerpräsidenten Nowak im Beisein des Innenministers Kamieński und des Unterstaatssekretärs im Ministerium des Innern Studziński überreicht. Bei der Überreichung wies der Ministerpräsident in einer Ansprache auf die Verdienste Bursches um die Erhaltung des polnischen Charakters der evangelisch-augsburgischen Kirche in Polen hin.

Konsularkonferenzen.

Angesichts der Notwendigkeit eines einheitlichen Verfahrens bei allen Auslandsvertretungen Polens und der Vereinheitlichung der Arbeit der einzelnen Konsulate hat das Auslandsministerium die Einrichtung regelmäßig wiederkehrender Zusammenkünfte der Konsuln zum Zweck der Aussprache über Fragen ihrer Tätigkeit in die Wege geleitet.

Das im Bau befindliche Senatsgebäude

in Warschau, an der ul. Wiejska, stand am Montag vormittag in Flammen. Den Bemühungen der Feuerwehr gelang es, um Mittag den Brand zu löschen. Man spricht von einer Brandstiftung. Die Untersuchung ist im Gange.

Die Regulierung der Ostgrenze.

Bei Absteckung der Grenze im Abschnitt Nieswież—Minsk wurden die polnischen Dörfer Swirnowa und Kuciec dem Kreise Stołpcy einverleibt. Die Einwohner dieser Dörfer übersandten aus diesem Anlaß der Regierung durch die Hand des Wojewoden von Nowogrodek ein Dankschreiben.

Die Unterminierarbeit des Nationalen Blocks in Oberschlesien.

Wie der „Kurjer Poranny" meldet, beabsichtigt die Schlesische Nationale Arbeiterpartei, im Sejm eine Interpellation einzubringen, in der darüber Klage geführt wird, daß den Beamten der Wojewodschaft unter dem Druck des Nationalen Blocks der ihnen von der Wojewodschaft bewilligte Vorschuß für die Einkaufszentrale immer noch nicht ausgezahlt wurde. Bekanntlich hatte die Warschauer Regierung für die Approvisationszentrale in Kattowitz einen 200 Millionenfonds gestiftet. Infolge der Verzögerung der Auszahlung und des inzwischen eingetretenen Sturzes der deutschen Mark ist ein Verlust von 30 Millionen deutscher Mark entstanden.

Eine Rede Lloyd Georges.

Manchester, 16. Oktober. In einer in Manchester gehaltenen Rede verteidigte Lloyd George seine Orientpolitik, außerdem erklärte er, daß es ganz unmöglich gewesen sei, zum Ziele zu kommen, ohne eine entschiedene, entschlossene Haltung. Die Richtlinien unserer Politik im nahen Osten, äußerte der Premier, lassen sich in drei Punkten zusammenfassen:

1. **Sicherung der Freiheit der Meerengen.**
2. **Verhinderung einer Wiederholung der Grausamkeiten in Konstantiopel und Griechenland, wie sie in Kleinasien stattgefunden haben.**
3. **Verhinderung eines Übergreifens der Kriegshandlungen nach Europa.**

Eine Schließung der Meerengen zu erlauben hätte bedeutet, sich der besten Früchte des Sieges Englands über die Türkei zu berauben. Die Einnahme Konstantinopels und Thraziens durch die Türken hätte mit sich geführt eine Entzündung des Kriegsfeuers am Bosporus. Bevor man den Türken die Möglichkeit gab, in Europa einzurücken, hätte man von ihnen eine Garantie erhalten müssen betreffend den Schutz der Minderheiten in Europa. England hat alle Ursache dazu, auf die Resultate seiner Politik stolz zu sein. Lloyd George verlas ein Schreiben des Generals Harrington, nach welchem man den Erfolg in beträchtlichem Maße dem Eintreffen der militärischen Hilfskräfte verdankt. Der Premier unterstreicht, daß, wenn England dem Beispiele Frankreichs und Italiens gefolgt wäre, die ihre Abteilungen zurückgezogen haben, die Kemalisten Tschanak genommen hätten und jetzt die Meerengen beherrschen würden, von wo sie niemand würde vertreiben können. Im weiteren Verlauf seiner Ansprache erklärt Lloyd George, daß das diplomatische Fiasko, das Asquith und Grey im November 1914 gegenüber den deutschen Bestrebungen in der Türkei erlitten hätten, als eine wirkliche Niederlage zu bezeichnen sei. Da man von der Regierung gegenwärtig mehr Aufmerksamkeit und Wachsamkeit fordere, so wird es nicht schwer sein, wie der Redner meint, unter denen, welche ihn kritisieren, verantwortliche Leute für eine neue Regierung zu finden. „Wenn sich eine solche Veränderung vollziehen sollte, so wird niemand, glauben Sie mir, mehr darüber erfreut sein als ich." Zum Schluß sagte der Premier: Die Arbeiten für den Aufbau der Welt können sich nur ganz langsam und mit der größten Anstrengung vollziehen. Ich werde persönlich mit allen Kräften eine solche Regierung unterstützen, welche **sich ausschließlich und ohne Vorbehalt dem Werke der Erhaltung des Friedens der Welt** gewidmet hat. Ich werde aber mit allen Kräften einer Regierung entgegenarbeiten, die nicht nach diesem Ziele strebt. Dies ist der Gedankengang der Rede im ganzen.

Von bemerkenswerten Einzelheiten sei noch folgendes erwähnt: Lloyd George erinnerte daran, daß im Jahre 1914 durch die Türken **150 000 Armenier und 5000 Griechen ermordet** wurden. Ferner erinnerte er an die Worte Harringtons, die er an die türkische Delegation richtete, indem er die Türken warnte, da England zur Verfügung Heere und Kriegsmaterial habe. Diese Worte überzeugten die Türken. Es war also kein Wunder, daß sie entsprechend handelten. Heute haben wir schon Frieden, aber **nur dank dem Umstand, daß wir nicht nur drohten, sondern nötigenfalls auch entschlossen waren, das zu tun, was wir sagten und endlich deshalb, weil auch die Türkei davon überzeugt war.** Mit Anerkennung sprach Lloyd George über die Hilfe, die Australien und Neuseeland den Engländern zugesichert hatten.

In seiner Antwort auf die Kritik von Asquith und Lord Grey sagte der Premier: Bekannt sind die Schwierigkeiten, auf die jene im Jahre 1914 stießen. Deshalb sollten sie auch nicht nur gegenüber den Deutschen, sondern auch gegenüber ihren eigenen Landsleuten mehr Toleranz und Geduld zeigen. Ferner äußerte er, daß er im Jahre 1916 nicht den Ehrgeiz gehabt habe, Premier zu werden und daß er drei Jahre später gern zurückgetreten wäre. Er habe sich damals an Bonar Law gewandt mit der Bitte, sein Amt zu übernehmen. Dieser aber sei nicht einverstanden gewesen. Noch am Anfang dieses Jahres habe Lloyd George Chamberlain die Bildung des Kabinetts angeboten, indem er ihm alle Unterstützung von seiner Seite zusagte, solange, als die Politik seiner Regierung friedlich sein würde. Jedoch auch diesmal war es erfolglos.

Am Schluß seiner Ansprache erklärte Lloyd George: Die Linie meiner Politik stellt sich folgendermaßen dar: **Die Lage des Landes und der ganzen Welt ist viel zu schwierig, als daß sie die Durchführung einer persönlichen oder Parteipolitik ertragen würde.** Diesen Grundsatz halte ich mir immer vor und ich werde ihn bewahren, obgleich ich mit ihm allein stehen werde. Die Rede Lloyd Georges wurde mit **endlosem Beifallsklatschen** aufgenommen.

Am folgenden Tage äußerte sich Lloyd George in einer zweiten Rede über seine Aufnahme: Der herzliche Enthusiasmus, mit dem ich aufgenommen wurde, ist ein Beweis, daß das englische Volk nicht daran glaubt, als ob die Regierung bestrebt sei, England in einen neuen Kriegsbrand zu stürzen. **England geht den Weg, der direkt zu einem sicheren Frieden führt.** Lloyd George würdigte die Tätigkeit, die in dieser Richtung General Harrington, Rumbold und Lord Curzon ausübten. Ferner erklärte Lloyd George, **daß er auf seinem Platze zu bleiben gedenkt.** Schließlich drückte der englische Premier seinen Schmerz aus über die Angriffe, denen die englische Politik ausgesetzt war.

Die Aufnahme Lloyd Georges in Manchester war sehr herzlich. Als er zum Reformklub fuhr, begrüßte das Publikum den Premier mit **stürmischem Beifall.**

Vertrauensvotum der Hauptmitglieder des Kabinetts

Bordeaux, 17. Oktober. Nach Meldungen des „Intransigeant" aus London haben die Mitglieder des Kabinetts Chamberlain, Balfour und Lord Curzon dem Premier ein Vertrauensvotum gegeben. Lloyd George möchte die Parlamentswahlen so bald wie möglich herbeiführen, um so mehr, als am 15. November ein Kongreß der konservativen Partei stattfinden wird, auf dem er sein persönliches Auftreten für nötig hält, um die Angriffe auf sein politisches Programm niederzuschlagen. Nach dem „Daily Expreß" werden die Wahlen zum englischen Parlament am 4. November stattfinden.

Begeisterte Kundgebungen in London.

Paris, 16. Oktober. (Tel.-Un.) Aus London wird gemeldet: Lloyd George war am Sonntag bei seiner Rückkehr von Manchester Gegenstand einer begeisterten Kundgebung. Eine außerordentlich große Volksmenge erwartete ihn in London am Bahnhof und begrüßte ihn enthusiastisch beim Verlassen des Zuges. Die

Kundgebung wiederholte sich in Downing Street, vor der Wohnung des Ministerpräsidenten. Im Laufe des Nachmittags hat Lloyd George eine längere Unterredung mit Churchill.

Neue heftige Angriffe des „Temps" gegen Lloyd George.

Paris, 16. Oktober. (Tel.-Un.) Mit großer Schärfe kritisiert der „Temps" gestern abend Lloyd Georges Rede. Geradezu verletzend sei Lloyd Georges Anklage gegen Frankreich und Italien. Keine feindliche Regierung habe während des Krieges diese beiden Länder so scharf beleidigt, als jetzt ihr Bundesgenosse. England habe erst angesichts seiner Schwäche in Tschanak die politische Unterstützung Frankreichs gebraucht, um Zeit zu gewinnen und um die Türken zur Räumung der neutralen Zone zu bewegen. Jetzt, da beides gelungen sei, da der Vertrag von Mudania unterzeichnet und die Stellung bei Tschanak ausgebaut sei, ändere Lloyd George den Ton. Jetzt verleumde er Frankreich und Italien. Er strebe die Eroberung der Meerengen an, aber man treibe nicht ungestraft imperialistische Politik. Lloyd George werde das noch erfahren. — Diese heftigen Angriffe lassen erkennen, wie unangenehm der Erfolg der Rede Lloyd Georges auf das offizielle Frankreich gewirkt hat. Man fühlt, daß der scheinbare diplomatische Erfolg, den Frankreich errungen zu haben glaubte, ihm aus den Händen entglitten ist und daß Lloyd George nicht einen Augenblick die Ziele seiner Politik aus den Augen verloren hat oder von seinem Wege abgewichen ist. Diese Erkenntnis ist natürlich sehr unangenehm, und ähnlich wie auf die Enthüllungen Wirths in der Schuldfrage antwortet der „Temps" mit Schmähungen. Diese dürften indessen die Sachlage nicht im geringsten ändern.

Der Aufbau Europas.

Frankreichs Vorschläge für die Finanzkonferenz.

Brüssel, 16. Oktober. (Tel.-Un.) Zu den von Frankreich angekündigten positiven Vorschlägen an die Mitte Dezember stattfindende Konferenz von Brüssel verlautet in politischen Kreisen, daß französischerseits bei der belgischen Regierung für eine Verlegung der Zollgrenze von der lothringischen Grenze nach der Mainlinie Stimmung gemacht wird. Mit dieser Maßnahme will Frankreich sein großes politisches Ziel der letzten Jahre, nämlich die wirtschaftliche Einbeziehung der Rheinprovinz und des Ruhrgebietes in das französische Wirtschaftsgebiet erreichen. Träger des Vorschlages der Zollgrenzverlegung soll der französische nationale Block sein, der bereit sein wird, zur Erreichung dieses Zieles selbst Deutschland Zahlungsstundung für die Jahre 1923 und 1924 zuzugestehen. Im Falle, daß die deutsche Regierung die Zollgrenzverlegung annimmt, würde sogar Frankreich sich bereit erklären zur direkten finanziellen Unterstützung Deutschlands und Behebung der französischerseits für Anfang nächsten Jahres in Deutschland erwarteten Arbeitslosigkeit durch Zulassung deutscher Arbeiter zu den Wiederaufbauarbeiten auf französischem Gebiet.

Beginn der Verhandlungen über die Ausgleichszahlungen.

Berlin, 16. Oktober. (Tel.-Un.) Am Freitag begannen im Finanzministerium, wie die Tel.-Un. aus zuständiger Quelle erfährt, die Verhandlungen über die allgemeinen Fragen der Neuregelung des Ausgleichsverfahrens. Von deutscher Seite nehmen daran teil Vertreter des Finanzministeriums, des Wiederaufbauministeriums und des Reichsausgleichsamtes. Neben dem Vertreter des Pariser Ausgleichsamtes, Herrn Alphand, und dem Leiter des englischen Ausgleichsamtes, Herrn Grey, die bereits seit einiger Zeit Verhandlungen mit Berlin geführt haben, ist nunmehr auch der Vertreter des Brüsseler Ausgleichsamtes zu den Besprechungen eingetroffen. Vertreter der an dem Ausgleichsverfahren interessierten Staaten Italien, Griechenland und Siam haben sich nicht eingefunden. Die Verhandlungen erstrecken sich lediglich auf die zukünftige Regelung der Ausgleichszahlungen. Auf welcher Basis sie stattfinden werden, kann zur Stunde noch nicht gesagt werden.

Neue Besprechungen zwischen Stinnes und Lubersac.

Paris, 15. Oktober. Wie der „Intransigeant" mitteilt, reist Lubersac in den nächsten Tagen nach Berlin, wo er eine Besprechung über die Durchführung des Stinnes-Lubersac-Abkommens haben wird.

Frankreichs Gegenbedingungen.

Paris, 17. Oktober. Die „Information" führt zu den Angaben der französischen Delegierten in der Reparationskommission aus, daß die Vorschläge Bradburys unter folgenden Bedingungen für Frankreich annehmbar wären:

1. **Während der Dauer der Zahlungsstundung laufen die Fristen der Rheinlandsbesatzung.**

2. **Bei Ausbleiben der deutschen Finanzreform erhält Frankreich das Recht, eine besondere Finanzorganisation, mit eigenem Budget, eigener Währung und eigenen Grenzschranken am Rhein einzuführen.**

Verhandlungen zwischen einer Reihe von französischen Wirtschaftsvereinigungen sollen dafür Garantien schaffen, daß Deutschland die von Frankreich angenommenen Schatzwechsel durch französische Franks einlöst.

Die Friedenskonferenz in Lausanne.

London, 16. Oktober. Die Zeitungen melden, daß die Einberufung einer Friedenskonferenz in den Angelegenheiten des nahen Ostens geplant wird, und zwar in Lausanne, da Smyrna und Skutari durch ihre Lage nicht den Zwecken der Konferenz entsprechen.

Athen, 16. Oktober. In politischen Kreisen wird betont, daß der Entschluß der griechischen Regierung, den in Mudania geschlossenen Vertrag anzunehmen, keineswegs die offizielle Anerkennung der Rechte der Türkei auf Thrazien enthält.

Keine Teilnahme Rußlands an der Friedenskonferenz.

London, 16. Oktober. Gegenüber der Behauptung Litwinows, daß Rußland den zwischen Urquhart und Krassin beschlossenen Vertrag nicht annimmt, weil Rußland nicht zu der Orientkonferenz zugelassen wird, stellt Reuter fest, daß diese Information der Unterlagen entbehrt. In den letzten Unterredungen zwischen Poincaré und Curzon wurde weder von seiten Frankreichs, noch von England der Vorschlag gemacht, Rußland von dieser Konferenz auszuschließen. In Wahrheit liegt die Sache so, daß Rußland, welches sich mit der Türkei im Friedenszustande befindet, keine Anteilnahme an der Konferenz fordern kann. Das Hauptziel der Konferenz ist nämlich der Abschluß eines Friedens zwischen der Türkei und anderen Staaten, die sich theoretisch im Kriegszustande mit der Türkei befinden. Die Frage der Teilnahme Rußlands an einer späteren Konferenz, die über die Zukunft der Dardanellen zu entscheiden hat, bleibt noch immer offen.

Sowjetrußland.

Rücktritt Krassins.

Riga, 16. Oktober. Wie der hiesige Vertreter der Havas-Agentur aus Moskau erfährt, soll Krassin von seinem Posten als Volkskommissar für Außenhandel zurückgetreten sein. Die Nachricht, die noch nicht bestätigt ist, wurde von mehreren Seiten in letzter Zeit vorausgesagt, nachdem der Rat der Volkskommissare den von Krassin in Berlin mit dem Engländer Urquhart abgeschlossenen Handelsvertrag aus politischen Gründen im Zusammenhang mit der englischen Haltung in der Orientkrise nicht bestätigt hatte.

Verträge mit Deutschland statt England.

Berlin, 15. Oktober. (Telun.) Dem „B. T." zufolge haben neue Verhandlungen von Kruppdirektoren über den Vertrag mit Rußland in London stattgefunden. Weitere Verhandlungen werden sich in den nächsten Tagen in Berlin anschließen. Ueber ihr voraussichtliches Ergebnis läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen. Aber es scheint, daß die Aussichten für eine endgültige Einigung diesmal günstig sind.

Aus Litauen.

Die Frage der Anerkennung de jure. Der Botschafterrat beschloß, die Frage der Anerkennung Litauens de jure auf unbestimmte Zeit zu vertagen.

Litauen weist die Deutschen aus. Nach einer Warschauer Meldung des „Prz. Poranny" beklagen sich die Deutschen, daß die litauischen Behörden aus ihrem Gebiet deutsche Bürger ausweisen. Der deutsche Gesandte in Kowno intervenierte in dieser Sache schon bei der litauischen Regierung.

Deutsches Reich.

Blutsonntag in Berlin.

Über blutige Zusammenstöße am Sonntag im Zirkus Busch wird von dem Polizeipräsidenten Richter u. a. mitgeteilt: Die kommunistischen Gegendemonstranten fanden sich am Versammlungsgebäude schon in der 8. Morgenstunde ein. Um 8 Uhr nahmen vor dem Zirkus Busch etwa 500 Arbeitslose Aufstellung. Die Störung der nach dem Zirkus Busch einberufenen Versammlung des Bundes für Freiheit und Ordnung ist am Freitag in der Funktionärversammlung der K. P. D. nicht ausdrücklich beschlossen worden. Von der K. P. D. hat der Obmann des Obdachlosenasyls 200 Mark, die übrigen Mitglieder 13,50 Mk. für die Teilnahme an der Demonstration erhalten. Gegen 8½ Uhr setzte der planmäßige Angriff auf das Versammlungslokal ein. Zunächst wurden die Ordner des Bundes für Freiheit und Ordnung verprügelt. Gleichzeitig strömten aus allen umliegenden Kneipen Kommunisten herbei und drangen in den Zirkus ein. Die Ordner des Bundes und Versammlungsbesucher wurden hierbei durch Schläge oder Stiche mehr oder weniger schwer verwundet. Die Schutzpolizei war nur durch sechs Beamte vertreten. Da der Angriff unerwartet früh einsetzte, wurde die Heranziehung von Verstärkung verzögert. Gegen 9½ Uhr waren Hundertschaften vom Kommando Alexander auf Lastkraftwagen eingetroffen. Die Menge der Kommunisten war inzwischen auf 3000 Mann angewachsen. Gegen 9¾ Uhr wurde der Platz vor dem Zirkus durch die Schutzpolizei gesäubert. Nach den bisherigen Feststellungen beim Kommando sind vier Beamte schwer verletzt worden und ein Unterwachtmeister durch Herzstich getötet. Eine Radfahrerpatrouille der Schutzpolizei ist am Monbijou-Platz überfallen, mißhandelt und der Räder beraubt worden. Gegen 10½ Uhr rückte ein Zug Kommunisten in der Richtung des Polizeipräsidiums ab, wo auf dem Alexanderplatz Ansprachen gehalten wurden. Die Asylisten erhielten hinterher bei dem Warenhaus Tietz ihre Löhnung. Die Ansammlung wurde dann zerstreut. Nach Schluß der Kundgebung im Zirkus kam es am Kastanienwäldchen zu neuen Zusammenstößen. Im ganzen sind 26 Personen schwer verwundet worden. Um 4½ Uhr nachmittags waren beim Rettungsamt Berlin noch 9 Schwerverletzte gemeldet, die in Krankenhausbehandlung verbleiben müssen. Ein Arbeiter wurde mit einem Bauchstich tot eingeliefert. Es wurden insgesamt 100 Personen festgenommen, von denen diejenigen, die als Anstifter der Unruhen gelten können, in Haft behalten wurden. Der Polizeipräsident hat eine Belohnung von 500 000 Mark für diejenigen ausgesetzt, die sichere Angaben über die kommunistische Aktion und die Beteiligung an den Gewalttaten, insbesondere bei den Totschlägen machen können. Gegen diejenigen, die die kommunistische Aktion inszeniert haben, wird das Verfahren wegen Landfriedensbruch, Anstiftung zum Landfriedensbruch und Anstiftung zu strafbaren Handlungen eingeleitet werden. Die Polizei ist entschlossen, die Versammlungsfreiheit gegen kommunistische Vergewaltigungsversuche, unter denen bereits sämtliche Parteien gelitten haben, mit allen Mitteln zu schützen, wie sie das in ihrer Warnung vor der gestrigen Versammlungsstörung bereits angekündigt hatte.

Die blutigen Ereignisse des Sonntags vor dem Zirkus Busch fallen nach dem Urteil der gesamten öffentlichen Meinung den Kommunisten zur Last. Die ganze Hetze, die die Kommunisten betrieben haben, übersteigt alles, was man bisher selbst von dieser Seite gewohnt war. Man möchte nicht einmal annehmen, daß das gestrige Zuschlagen auf Weisung von Moskau erfolgt ist. So kläglich ist das Vorgehen der kommunistischen Partei, die im Asyl für Obdachlose Teilnehmer an der Demonstration für ein schäbiges Tagegeld von 15 Mark geworben und den Arbeitslosen Stöcke und Messer in die Hand gedrückt hat. Nach den amtlichen Feststellungen ist nur ein Toter zu beklagen, ein Arbeiter, der auf der kommunistischen Seite teilgenommen hat. Zwei Schutzleute sind schwer verletzt worden. Nach den gestrigen Untersuchungen sind noch 30 Verhaftungen vorgenommen worden. Scharfe Kritik wird allenthalben an dem Berliner Polizeipräsidenten Richter geübt, der bei der sozialdemokratischen Partei Mitglied ist. Das Aufgebot der Schutzpolizei war angesichts der kommunistischen Ankündigungen in der „Roten Fahne" viel zu schwach.

Ebert definitiver Reichspräsident!

In der Frage der Reichspräsidentenwahl ist eine neue Lösungsmöglichkeit aufgetaucht. Heute vormittag haben in der Reichskanzlei Besprechungen bei Dr. Wirth stattgefunden, an denen die Führer der Parteien, sowie der Reichspräsident, der Vizekanzler Bauer und der Reichsminister des Innern teilnahmen. Dr. Stresemann brachte die von der Deutschen Volkspartei gegen eine Wahl am 3. Dezember, besonders aus politischen Gründen, geäußerten Bedenken vor. Die Führer der bürgerlichen Parteien, Zentrum, Demokraten und Deutschnationale Volkspartei schlossen sich der Ansicht der Deutschen Volkspartei an. Von sozialdemokratischer Seite wurde jedoch gegen eine Verschiebung der Wahl Widerstand geleistet. Im Laufe der Debatte ist dann ein neuer Vorschlag aufgetaucht, nämlich durch ein vom Reichstag zu beschließendes Gesetz Ebert nicht, wie bisher, zum provisorischen, sondern zum definitiven Reichspräsidenten zu erklären. Die Wahl

Danziger Kurse vom 17. Oktober.

Die polnische Mark in Danzig....... 27¼
Der Dollar in Danzig 2850
Tendenz: schwach.

Vergessen?

Von Georg Persich.

Der Strand war auf einmal menschenleer geworden. Ein paar Tage schlechtes Wetter hatten genügt.

Aber Klaus Mahr wartete mit seinem Segelkutter auf sie, wartete nun schon eine Stunde über die festgesetzte Zeit.

„Mein Fräulein will heute auch nicht fahren," sagte sein Bootsnachbar Peter Lüttjohann.

„Die fährt schon!"

„Es schaukelt ihr heute zu sehr."

„Die hat keine Angst!"

Aber dann sah Klaus Mahr doch wieder nach seiner dicken silbernen Taschenuhr in der Hornkapsel. Schon anderthalbe Stunden!

„Dein Fräulein kann ja auch abgereist sein," meinte Peter Lüttjohann, ohne an dem Netz, an dem er herumknüttelte, aufzusehen.

„Die reist noch nicht!"

„Frag doch mal im Hotel nach!"

Es waren kaum mehr als hundert Schritte bis zu dem feinen Hotel, in dem das Fräulein aus Berlin mit seiner Mutter wohnte.

Aber Klaus Mahr leistete dem Rate doch noch nicht gleich Folge. So unerschütterlich war sein Vertrauen zu der jungen Dame, die seit drei Wochen viele Male mit ihm gesegelt war; manchmal in Gesellschaft, bei hohem Seegang, wenn die anderen Furcht hatten, aber auch allein.

Und gestern hatte sie gesagt: „Morgen wieder um dieselbe Zeit."

Vielleicht war sie krank geworden.

Da entschloß sich der blonde junge Riese endlich zu dem Gang nach dem Hotel. Und er fragte nach dem Fräulein. Er wußte kaum den Namen.

Die beiden Damen seien gestern abend nach Berlin zurückgereist, lautete die Auskunft.

Klaus Mahr blickte fast bestürzt. Mit langsamen Schritten ging er wieder an den Strand.

Peter Lüttjohann sah ihm forschend entgegen. „Na —?"

„Ist weg!" sagte Klaus, und seine breite Brust hob sich unter einem schweren Atemzuge.

„Ohne Adje? Ja, die schönen Fräuleins!"

Klaus Mahr antwortete nicht. Sein Blick war auf die See gerichtet, die ein frischer Wind in lebhafter Bewegung hielt.

„Auf die schönen Fräuleins ist kein Verlaß!" fuhr Peter Lüttjohann fort. „Die war wohl immer sehr freundlich zu Dir?" Und als wieder keine Antwort kam: „Ich hatte auch mal so eine! Die wollte man immer mit mir segeln. Und Augen hat sie mir gemacht! Ich hatte ja aber meine Marie!"

Klaus Mahr kletterte in sein Boot, setzte sich und starrte vor sich hin.

Sein Schweigen behagte dem Nachbar nicht. „Du, ich will Dir man sagen — die Anna war auch schon eifersüchtig!" —

Die Anna war Peter Lüttjohanns Schwester, und Klaus Mahr sollte doch sein Schwager werden.

Aber auch diesen Hinweis schien der Klaus zu überhören. Da wußte Peter nicht mehr, was er dem Freunde erzählen sollte. Der mußte sich ja mächtig in das Berliner Fräulein vergafft haben. Man gut, daß sie nun abgereist war!

„Ich werde ihr schreiben!" meinte Klaus Mahr nach langem Brüten entschlossen.

„Das laß man lieber bleiben!" widerriet Peter Lüttjohann eifrig. Ich habe damals an meine auch geschrieben und habe mich extra dafür photographieren lassen und sie gebeten, mir ihr Bild zu schicken. Sie hat mir bloß 'ne Postkarte wiedergeschickt. Darauf stand: „Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit." Das war alles.

„Und ich schreibe doch!" erklärte Klaus Mahr eigensinnig. „Ich müßte ja dumm sein. — —"

„Was hast Du denn mit ihr gehabt? Was hat sie Dir denn versprochen? Du mußt doch nicht alles glauben, was diese Damen sagen! Die wollen ja bloß ihren Spaß haben!"

„Ich spaße nicht!"

„Du möchtest sie wohl heiraten? Mensch! Und die Anna —?"

Klaus Mahr klemmte sich einen schwarzen Priem zwischen die weißen Zähne. „Heiraten — — —? Das Fräulein — — —? Bist wohl verdreht! Mein Geld will ich haben! Die drei letzten Fahrten hat sie mir noch nicht bezahlt. Hatte immer kein Geld bei sich! „Wir rechnen morgen ab," sagte sie gestern. Kann's ja vergessen haben!"

„Kann's auch haben vergessen wollen," dachte Peter Lüttjohann, dem ein Stein vom Herzen fiel. „Ja, da schreib' man! Schreib ihr ordentlich! Und zeig auch der Anna den Brief! Die denkt sonst doch — — — Du kennst ja die Weibsleute noch nicht so — — —!"

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

— Siegfried Wagner hat soeben seine Erinnerungen vollendet, die eine Fülle interessanter Einzelheiten über Richard Wagner und den ihm nahestehenden Kreis bringen und demnächst in der Reihe der „Musikalischen Volksbücher" im Verlag J. Engelhorns Nachf. in Stuttgart erscheinen werden.

Neues vom Tage.

§ **Schändung eines Dichtergrabes.** Von dem Grabdenkmal Christian Fürchtegott Gellerts unweit der Johanniskirche in Leipzig, ist von unbekannten Tätern das aus Metall hergestellte kunstvolle Relief gestohlen worden.

§ **Das Haus Osman.** Aus Malta wird gemeldet, daß die Prinzen und Prinzessinnen des türkischen Kaiserhauses auf der Flucht vor den Kemalisten dort eingetroffen und nach Neapel weitergereist seien. Ob sie in Konstantinopel Ursache zur Furcht vor den Befreiern ihrer Nation von Fremdherrschaft gehabt hätten, ist nicht ersichtlich. Kemal hat offen erklärt, daß er die Ersetzung des Schattensultans Muhamed VI. anstrebe, aber daß er diesem oder gar anderen Angehörigen der Dynastie ein Leid zufügen werde, ist recht unwahrscheinlich. Die alte blutige Sitte, nach einem Thronwechsel die Nächstberechtigten auszurotten, hat seit über einem Jahrhundert aufgehört. Um 1808 war es allerdings so weit gekommen, daß der damals auf den Thron erhobene Mahmud II. der letzte noch übrige vom Stamm Osman war. Vielleicht hat gerade die Besorgnis vor der von dessen völligem Aussterben drohenden Anarchie ihn vor neuen Mordanschlägen der allmächtigen Janitscharen geschützt, die seine beiden Vorgänger Selim und Mustapha aus dem Wege geräumt hatten. Gegenwärtig zählt man etwa 30 sukzessionsberechtigte Mitglieder der Dynastie, das heißt Söhne von legitimen Frauen. Ihre Anwartschaft auf die Krone stuft sich genau nach dem Geburtsdatum ab, ohne Rücksicht auf die Nähe der Verwandtschaft mit dem regierenden Sultan. Eine Einrichtung, die natürlich insofern nicht bedenkenfrei ist, als sie ohne das Korrektiv des Prinzenordens die Besetzung des Thrones mit hochbetagten Greisen zur Regel macht. Auch abgesetzte Sultane sind seit 1876 nicht mehr getötet worden. Sultan Murad V., der aus Angst vor dem Schicksal seiner Vorgänger in geistige Erkrankung gefallen war, ist an die dreißig Jahre von seinem Bruder Abdul Hamid in anständiger Haft gehalten worden. Auch Abdul Hamid II. selber, der im April 1909 die Krone verlor, hat bis zu seinem natürlichen Tode im Jahre 1916 in Gefangenschaft, aber sorgfältig gepflegt, zugebracht; anfänglich zu Saloniki, nach dessen Eroberung durch die Griechen und Bulgaren (1912) zu Brussa.

Eberts ist 1919 durch die Nationalversammlung provisorisch erfolgt. Dieses Provisorium sollte abgelöst werden durch einen durch allgemeine Volksabstimmung auf die Dauer von sieben Jahren gewählten definitiven Reichspräsidenten. Das neue Gesetz müßte also der Wahl Eberts durch die Nationalversammlung die siebenjährige Dauer, vom 11. Feruar 1910 bis zum 11. Februar 1926, verleihen. Da ein solches Gesetz eine Verfassungsänderung darstellt, müßte es eine Zweidrittelmehrheit im Reichstage erhalten. Dieses erscheint nach der heutigen Aussprache in der Reichskanzlei gesichert. Die Sozialdemokraten würden unter dieser Bedingung von einer Präsidentenwahl am 3. Dezember Abstand nehmen. Ebert wäre, wie man annimmt, wahrscheinlich geneigt, nach einer solchen Vertrauenskundgebung, wie es durch die Zweidrittelmehrheit des Reichstages erfolgen würde, auf die sofortige Wahl zu verzichten. Der neue Vorschlag wird morgen von dem Präsidenten des Reichstages geprüft werden. Es besteht die Aussicht, daß er den ganzen Reichstag, mit Ausnahme der Deutschnationalen und Kommunisten, vereinigen wird. Eine solche starke Mehrheitsbildung in einer so wichtigen Frage würde auch von Bedeutung für die Umbildung der Reichsregierung auf der Grundlage einer großen Koalition sein.

** **Neuerungen im Berliner Devisenhandel.** Von Donnerstag dieser Woche an tritt eine wichtige Neuerung im Berliner Devisenhandel in Kraft. Alle Devisen und ausländische Noten werden von diesem Tage an pro Stück gehandelt, wie bisher schon Dollar und englische Pfunde. Es werden also nicht mehr Notierungen für 100 holländische Gulden, nordische Kronen, Franken usw. stattfinden, sondern nur für je einen Gulden, je eine Krone usw. Ferner wird von Donnerstag ab die Spannung zwischen Geld- und Briefkursen erhöht. Zwischen Geld- und Briefkursen wird jetzt ein Gesamtunterschied von ½ Prozent bestehen.

** **Urbarmachung des deutschen Ödlandes.** Über eine Erhöhung der deutschen Lebensmittelerzeugung durch Urbarmachung der deutschen Ödländereien und Moore wurde in einer Besprechung verhandelt, zu der der Oberbürgermeister von Berlin Vertreter der Spitzenorganisationen der deutschen Arbeitnehmerverbände eingeladen hatte. Die Meliorierung der in Deutschland gelegenen, etwa 27 Millionen Hektar Öd- und Moorland und die Schaffung von Kulturgürteln um die großen Städte würden nicht nur die heimische Erzeugung wesentlich vermehren und der Volksgesundheit neue Quellen eröffnen, sondern sie würden auch für Zeiten der Arbeitslosigkeit Arbeitsgelegenheit in größerem Umfange schaffen. Die steigende Geldentwertung und der Zwang zu einer weiteren Einfuhr von Lebensmitteln, d. h. Ausfuhr von vielen Milliarden Mark, muß zu einer Katastrophe führen, von der in erster Reihe die deutschen Großstädte betroffen würden. Die Rückwirkung auf das flache Land würde nicht ausbleiben, wenn über die Bevölkerung in den Städten Teuerung, Hunger und Arbeitsnot hereinbrechen würden. Einmütig erklärte man sich bereit, die Finanzierung der Melioration von Moor- und Ödländereien unter weitgehendster Beteiligung des Reiches zu betreiben, damit die schleunigste Durchführung der Melioration in größtem Ausmaße gefördert werde.

Aus andern Ländern.

Frankreich entläßt 21 deutsche Strafgefangene aus Toulon. Von den 27 deutschen Kriegsgefangenen, die noch in Toulon zurückgelassen wurden, sind heute 21 freigelassen worden. Die Strafzeit von 15 Gefangenen wurde abgekürzt. Einer der Gefangenen ist bereits am 3. Oktober entlassen worden, da seine Strafe an diesem Tage abgelaufen war. Die 21 Deutschen, die jetzt der Heimat zurückgegeben werden, werden in den nächsten Tagen nach Mannheim gebracht werden. Die Freilassung ist hauptsächlich den Bemühungen des deutschen Botschafters zu danken, der sich unermüdlich für die Gefangenen eingesetzt hat. Es ist aber festzustellen, daß der französische Ministerpräsident sich in dieser Angelegenheit von Anfang an nicht ablehnend verhalten hatte, sondern alles tat, um seinen Einfluß im Kriegsministerium zur Geltung zu bringen.

Belgisches Beileid zum Oberkasseler Zwischenfall. In der Angelegenheit der Erschießung des Deutschen Bedewein durch belgische Marinesoldaten, die eine Festlichkeit des Turnvereins gestört hatten, wird von der Kreisverwaltung Düsseldorf-Oberkassel mitgeteilt, daß gestern nachmittag im Dienstzimmer des Oberbürgermeisters Knopp in Oberkassel der belgische Delegierte von Neuß und der belgische Oberkommandant erschienen, um im Namen der interalliierten Rheinlandkommission, der Militär- und Verwaltungsbehörden der Regierung das Mitleid auszudrücken.

Ein neues Faszistenabenteuer in Fiume. Die Blätter bringen beunruhigende Drahtnachrichten aus Fiume und Fussak (Vorstadt von Fiume). Diesen Nachrichten zufolge sind gestern italienische Faszisten in Sussak eingefallen und haben die Stadt besetzt. Sie hätten sodann mittels Kraftwagen Waffen, Munition und Handgranaten an die Demarkationslinie gegenüber St. Anna-Martinschitz geschafft. In Fiume sei durch Plakate bekanntgegeben worden, daß d'Annunzio nach Fiume komme, um den Oberbefehl zu übernehmen. Es bestehe die ernstliche Gefahr eines Zusammenstoßes mit seinen schweren Folgen.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 17. Oktober.

Die Erhöhung der Eisenbahntarife.

In der Sitzung des Tarifkomitees des staatlichen Eisenbahnrates, die am 3. d. Mts. stattfand, wurde wie Warschauer Blätter melden, vorgeschlagen, vom 1. November ab den Gütertarif um 50 Prozent und den Personentarif um 100 Prozent zu erhöhen, mit Ausnahme der Monats-, Saison- und Jahresfahrkarten, sowie der Monatskarten für Schüler und Arbeiter, für welche die Erhöhung nur 50 Prozent betragen soll. Das Eisenbahnministerium nahm diesen Beschluß des Tarifkomitees an, jedoch mit der Änderung, daß infolge der bedeutenden weiteren Steigerung der Warenpreise im September und gegenwärtig im Oktober der Gütertarif zweimal erhöht wird, und zwar am 1. November um 50 Prozent und vom 1. Dezember um weitere 50 Prozent.

Der Einheitspreis (für 1 Kilometer) für die Fahrt einer Person in der 3. Klasse des Personenzuges beträgt bei 200 Kilometer 20 Mark, von 201—300 Kilometer 16 Mark, über 300 Kilometer 12 Mark. — In der 2. Klasse wird das Doppelte erhoben, in der 1. Klasse das Dreifache (D-Zug-Zuschlag 50 Proz.) — Die Mindestgebühr für gemeldete oder nicht gemeldete Fahrt ohne Fahrkarte wird 2000 Mark und der Zuschlag für die Erhebung dieser Gebühr im Zuge 400 Mark betragen. Die Erhöhung beträgt auch für Gepäck, Zeitungen, Bücher, die in Personenzügen befördert werden, 100 Prozent.

Gemeindehelferinnen-Lehrgang. Der Landesverband der evangelischen Frauenhilfe hat für die Zeit vom 3. November bis 16. Dezember einen Lehrgang zur Ausbildung von Gemeindehelferinnen eingerichtet. Nach diesem sechswöchigen theoretischen Kursus müssen die Teilnehmerinnen noch 2 bis 3 Monate praktische Lehrzeit in einem Krankenhause durchmachen. Sie werden dadurch befähigt, bei den Kranken ihrer Heimatgemeinden nach Anweisung eines Arztes die Pflege sachgemäß durchzuführen und bei Unglücksfällen die erste Hilfe zu leisten. Bei den verstreut liegenden nur noch kleinen Gemeinden ist es diesen meist unmöglich, eine Berufsschwester anzustellen, darum ist es mit Dank zu begrüßen, daß die evangelische Frauenhilfe es sich zur Aufgabe macht, durch freiwillige Gemeindehelferinnen der Not in dieser Richtung abzuhelfen. Die Ausbildung der Helferinnen ist frei, doch müssen diese bei der großen Teuerung einen entsprechenden Anteil zu den Verpflegungskosten beitragen. Die näheren Bedingungen werden nach Meldung durch den Verband zugestellt. — Berechtigt zur Teilnahme an dem Kursus sind junge Mädchen nicht unter 18 Jahren und Frauen nicht über 40 Jahre, welche einen tadellosen Ruf genießen. Meldungen müssen umgehend an den Landesverband der evangelischen Frauenhilfe, Posen, Aleje Marcinkowskiego 26 II, gerichtet werden.

Der letzte Termin für die Abholung der Optionsurkunden. Da die bei der Optionsabteilung des Generalkonsulats noch liegenden Optionsurkunden trotz wiederholter Aufforderung durch die Antragsteller noch nicht abgeholt worden sind, wird hiermit bekannt gegeben, daß für die Abholung eine Frist bis zum 1. Dezember d. Js. gestellt wird. Da die Optionsabteilung mit dem 1. Dezember d. Js. aufgelöst werden soll, wird eine Ausgabe nach dem 1. Dezember nur mit großen Schwierigkeiten bewirkt werden können.

Deutsche Wahlversammlungen. Donnerstag, d. 19. Oktober, vorm. 11 Uhr, findet eine Wahlversammlung in Tremessen, Hotel Schneider statt; am Freitag, d. 20. Oktober, ebenfalls 11 Uhr vorm., eine in Mogilno (Deutsches Vereinshaus.)

Großes Theater. Dienstag: Erstaufführung von Żeleńskis „Konrad Wallenrod" unter Leitung des Direktors Stermich mit den Herren Bedlewicz, Karvacki, Klichowski, Krawczyk, Mierzyński, Ostoja, Urbanowicz, Warchalewski und den Damen Brzeska, Cywińska, Nochowicz. Mittwoch: „Konrad Wallenrod" in zum Teil veränderter Besetzung.

Deutscher Naturwissenschaftlicher Verein zu Posen. Am Freitag, dem 20. d. Mts., abends 8½ Uhr, findet eine Monatsversammlung im Saale des Vereins junger Kaufleute (altes Stadttheater) statt. Herr Gartenbaudirektor Reissert wird über „Zeitgemäße Fragen der Gartenobst- und Blumenpflege" sprechen. Zur Erläuterung wird gesundes und krankes Material vorgezeigt werden. Nachher geschäftliche Mitteilungen. Auf den wertvollen Vortrag des geschätzten Fachmannes sei besonders hingewiesen. Es ist zu hoffen, daß nach der langen Sommerpause in den Vortragsveranstaltungen die Mitglieder vollzählig erscheinen werden. Gäste sind willkommen.

Heiterer Rezitationsabend von Robert Johannes. Auf dem am Mittwoch dem 18. Oktober abends 8 Uhr im großen Saal des Evangelischen Vereinshauses stattfindenden fröhlichen Vortragsabend den Robert Johannes-Sohn geben wird, sei nochmals hingewiesen. Das reiche Programm weist eine Fülle der kräftigsten humoristischen Schlager auf, manches Bekanntes, darunter auch einiges Neues. Eintrittskarten zu 800, 500 und 250 M. einschließlich Steuer sind im Vorverkauf in der Zigarrenhandlung von A. Gumnior und an der Abendkasse zu haben.

Der heitere Abend, der am Sonntag nachmittag von der hiesigen Ortsgruppe der deutschen Interessengemeinschaft für die werktätige Bevölkerung in Polen für ihre Mitglieder und deren Angehörige veranstaltet worden war, war recht zahlreich besucht. Es wurde nur wirklich Gutes geboten: Lieder zur Laute, Rezitationen usw. Die Vortragende verstand es ausgezeichnet, die Zuhörer in ihren Bann zu ziehen. Reicher Beifall lohnte ihre Darbietungen. Es waren ein paar genußreiche Stunden, wo ein jeder recht herzlich lachen konnte. — Auf das am Sonnabend, dem 21. Oktober, stattfindende 1. Stiftungsfest sei nochmals hingewiesen. Eintrittskarten in beschränkter Anzahl sind in den bekannten Vorverkaufsstellen noch zu haben.

× **Miljonówka.** In der Sonnabendziehung wurde die Nr. 3 963 761 mit dem Hauptgewinn gezogen.

× **Dem Winter entgegen.** Heut früh gegen 10 Uhr wirbelten die ersten Schneeflocken hernieder, lösten sich allerdings sofort in ihre wässerigen Bestandteile auf.

× **Eine böse Ueberraschung** erlebte gestern eine im Hause Podgórna 4 (früher Hindenburgstr.) wohnende Herrschaft. Diese erfreute sich seit einiger Zeit der Dienste einer 22jährigen, aus Warschau stammenden blonden Dienstmaid namens Stefanja Sobczyńska. Als die Hausfrau gestern von dem Besuche des Wochenmarktes auf dem Sapiehaplatz heimkehrte, war das Dienstmädchen auf- und davongegangen. Es hatte jedoch nicht versäumt, unter den Sachen der Herrschaft gründliche Umschau zu halten und davon recht wertvolle mitzunehmen, und zwar ein Damenpelzjackett mit grauem Ueberzug, einen Pelz mit schwarzem Bezug und braunem Widderkragen, innen Nutra, einen schwarzen Krimmer-Damenpelz, einen Damenmantel mit Sammetkragen, ein weißes Voilekleid, 1 weiße Bluse und verschiedene Wäschestücke. Einstweilen fehlt von der Diebin noch jede Spur.

× **Ehrliche Finderin.** Ein Frl. Namysl fand gestern in der ul. Półwiejska (fr. Halbdorfstr.) über 6500 Mk. bares Geld, Wertpapiere, ein Sparkassenbuch, eine 5proz. polnische Staatsanleihe und lieferte sie bei der Polizei unter Verzicht auf jeden Finderlohn ab. Der Eigentümer ist, wie aus den Papieren hervorgeht, ein älterer katholischer Geistlicher aus Kulm.

× **Beschlagnahmte Diebesbeute.** Auf dem Bahnhofe in Dirschau wurden am 10. d. Mts. einem Manne folgende vermutlich gestohlene Sachen abgenommen: ein auseinandergetrennter Herrenpelz mit Skunksärmeln und Skunkskragen und ein schwarzer Damenmantel.

× **Einbruchsdiebstahl.** Aus einer Wohnung im Hause ulica Kionowicza 5 (fr. Clausewitzstr.) wurden ein Sammetmantel, ein weißes Kleid, 12 Damenhemden, ein Damenunterrock und 17 Meter weiße Leinwand im Werte von 350 000 Mk. gestohlen.

× **Polizeilich festgenommen** wurden gestern vier Betrunkene und 13 Dirnen.

p. **Kempen,** 17. Oktober. Gestohlen wurden hier eine Schreibmaschine, Marke „Underwood" Nr. 1 299 839; ferner ein Jagdgewehr und ein Dreyse-Revolver, Kaliber 7,65 mm.

* **Lissa i. P.,** 15. Oktober. Letzten Sonntag ist plötzlich an Herzschlag der im Ruhestand in Bunzlau lebende Seminardirektor Wende gestorben. Er wirkte als Seminarlehrer in Reichenbach OL. und Bunzlau. Im Jahre 1903 wurde er als Direktor an das neue Seminar in Wongrowitz berufen. Während des Krieges wurde er nach Lissa i. P. versetzt. Nach dem Kriege lebte er in Bunzlau. Er war ein hervorragender Pädagoge und stand im 67. Lebensjahre.

p. **Schubin,** 16. Oktober. Einer Besitzerin im hiesigen Kreise wurde ein Platincollier mit Brillanten im Werte von 4 Millionen Mark gestohlen.

* **Rawitsch,** 17. Oktober. Unter der Überschrift: „Rührende Anhänglichkeit und Treue" berichtet die „Raw. Ztg.": Von einer Familie, die kürzlich ausgewandert und nach Königsdorf gezogen ist, kamen am gestrigen Sonntag das 8jährige Mädchen und der 6jährige Knabe über die Grenze, indem sie den 5 Kilometer weiten Weg zu Fuß zurückgelegt hatten, um hier am Kindergottesdienst teilzunehmen. Wahrlich, ein deutliches Zeichen dafür, wie sehr dieser Gottesdienst den Kindern ans Herz gewachsen sein muß. Ein größerer Knabe, der auch vor wenig Wochen mit seiner Mutter auswanderte, schrieb einen Brief an den Leiter und bedauerte, seinen Geburtstag nicht mehr hier im Kindergottesdienst in der den Kindern liebgewordenen Weise feiern zu dürfen, doch sandte er für seine 11 Jahre, die er jetzt erreicht, seine 11 Mark und noch eine Gabe seiner Mutter für die Geburtstagskirche, auch nannte er das Lied, das er sich singen lassen würde, wenn er noch hier wäre. Selbstverständlich wurde dieser Wunsch auch in seiner Abwesenheit erfüllt, was ihm durch ein Erwiderungsschreiben des Leiters sowie der Helferin und der Kameraden seiner Gruppe mitgeteilt werden wird.

* **Tuchel,** 16. Oktober. Das Gut Groß-Klonia im Kreise Tuchel (328 Hektar), das der Liquidation unterlag, erwarb von Heinrich Schweinitz Ludwika Rudowska aus der Plocker Gegend. Der Kaufvertrag wurde bereits durch das Liquidationskomitee bestätigt.

Aus Polnisch-Schlesien.

p. **Kattowitz,** 16. Oktober. Vor kurzem wurde hier beim Juwelier Scholtz ein großer Einbruchsdiebstahl verübt. Gestohlen wurden ein Brillantkollier, Armbänder, Broschen, Ohrringe, drei goldene Armbanduhren, 16 silberne Herrenuhren im Gesamtwerte von mehreren Millionen Mark.

Aus dem Gerichtssaal.

Posen, 17. Oktober. Daß man seine Zunge zähmen soll, lehrte eine Verhandlung von der Strafkammer gegen den Schneidermeister Kindler von hier, einen geborenen Polen, der sich infolge eines Biertischgesprächs wegen Verächtlichmachung des polnischen Staates (§ 131 St.-G.-B.) zu verantworten hatte. Er hatte u. a. über den Staat Polen eine abfällige Bemerkung gemacht und einem Eisenbahner gegenüber geäußert: „Ihr kommt ja doch nicht vorwärts." Diese Äußerungen waren von einem am Nebentische sitzenden ehemaligen Beamten des früheren Posener Ministeriums Dr. Marjan Caplicki gehört worden, der die Festnahme Kindlers durch einen Polizeibeamten veranlaßte. Das Urteil des Gerichtshofs lautete, unter Aufhebung des schöffengerichtlichen Urteils, das auf 3 Wochen Gefängnis erkannt hatte, auf 30000 Mark Geldstrafe.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

A. P. in R. 1. Von einer Ausweisung kann keine Rede sein. 2. Ihr Eigentum kann weder liquidiert noch enteignet werden. 3. Sie können auf Ihrer Wirtschaft bleiben. 4. Der Verpachtung steht in dem angegebenen Falle nichts im Wege.

J. K. in P. Wir halten das zurzeit für ausgeschlossen. Es ist aber immerhin nicht unmöglich, daß in dieser Hinsicht eine andere Auffassung Platz greifen wird.

H. S. in B. Ihre Anfrage läßt sich einstweilen überhaupt noch nicht beantworten, da man erst abwarten muß, welche Stellung die zuständigen polnischen Instanzen zu der Frage nehmen werden.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	14. Oktober	16. Oktober
4proz. Präm.-Staatsanl. (Miljonówka)	160 + A	165 + A
Kwilecki, Potocki i Ska.	420—425 + N	430 + N
Bank Przemysłowców	—,—	210 + N
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-IX. Em.	—,—	240 + A
Polski Bank Handlowy, Poznań	360 + A	—,—
Pozn. Bank Ziemian I.—IV. Em.	170 +	170 + A
Arcona	440—445 +	—,—
Bydgoska Fabryka Mydeł	135 + N	135—140 + N
R. Barcikowski	185—180 +	—,—
Browar Krotoszyński	2400—2650 + N	3000 + N
H. Cegielski I.—VIII. Em.	575-595-575 + N	585—575 + N
Centrala Skór (exkl. Kup.)	275 + N	240—245 +
C. Hartwig	215 + A	—,—
Hartwig Kantorowicz	830 + N	845—870 + N
Hurtowina Drogeryjna	115 + N	120 + N
Hurtownia Związkowa	140 + A	135 + N
Hurtownia Skór I.—II. Em.	375—380 + N	380 + A
Herzfeld-Viktorius	435 + N	435 + N
Juno	400 + A	400 + N
Luban, Fbr. przetw. ziemn. (exkl. Kup.)	—,—	5000 +
Dr. Roman May	—,—	1375-1440-1400 + A
Orient	—,—	150 + N
Płótno	—,—	250—240 +
Patria	—,—	525 + N
Pozn. Spółka Drzewna I.—V. Em.	680 +	690—675 +
Bracia Stabrowscy Zapałki	310—320 + N	—,—
Sarmatia I.—II. Em.	510—500 + A	—,—
Tkanina	—,—	400—390 + A
Tri	—,—	195 + A
„Unja" (früher Bentzki) I. u. II. Em.	580 + A	570 +
Waggon Ostrowo	—,—	230 + A
Wisła, Bydgoszcz	—,—	900 +
Wytwornia Chemiczna I.—III. Em.	190—185 + N	185—180 + A
Żar	2800 +	2825 +
Zjedn. Browary Grodziskie	380—375 +	380—385 + N

Auszahlung Berlin 370—367½. Umsatz: 11 220 000 dtsch. Mark, Pfd. Sterl. 46 200. Dollars 10 450—10 500. Franks 790.

A = Angebot, N = Nachfrage, + = Umsatz.

Die Posener Getreidebörse

notiert von jetzt ab am Montag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend. Dienstags und Donnerstags fallen also die Notierungen aus.

Berliner Börsenbericht

vom 16. Oktober.

Diskonto-Komm.-Anleihe	580.—	Polnische Noten	27.50
Danziger Priv.-Aktienbank	410.—	Auszahlung Holland	112 000.—
Hartmann Masch.-Aktien	1500.—	„ London	12 775.—
Phönix	5700.—	„ Neuyork	2880.—
Schuckert	2750.—	„ Paris	21 775.—
Hapag	1000.—	„ Schweiz	59 200.—
3½% Pos. Pfandbriefe	40.25	Ungarische Goldrente	4700.—
Auszahlung Warschau	27.50		

Spenden für die Altershilfe.

Frau Benz, Oblaczkowo	10 000.— M.
Ungenannt	2 000.— „
Lori Baensch	100.— „
Elly Baensch	500.— „
Ewald Baensch	1 000.— „
Leni Schmidt	500.— „
Willi Schmidt	1 000.— „
Ungenannt	5 000.— „
August Furchheim, Mylin	10 000.— „
A. K.	5 000.— „
Ungenannt	1 500.— „
Lehrkörper des Deutschen Gymnasiums	20 500.— „
Höhere deutsche Privatschule, Janówiec*)	5 000.— „
	62 100.— M.
Vortrag aus Nr. 233	330 750.— „
zusammen	392 850.— M.

*) Auf dem Abschnitt ist zu lesen: Was wir Euch schicken, ist zwar wenig, aber es kommt aus gutem Herzen. Weitere Sendungen folgen. Die Kinder der Höheren deutschen Privatschule in Janówiec.

Auswärtige Spender können portofrei auf unser Postscheckkonto Nr. 200 283 Poznań einzahlen bezw. überweisen, dies aber auf dem Abschnitt ausdrücklich vermerken.

Weitere Spenden nimmt gern entgegen und erbittet

die Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.

Verantwortlich: für den politischen und den allgemeinen Teil: J. V. Dr. Martin Meister; für Wissenschaft, Kunst und Handel: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.





Spielplan des Großen Theaters.

Dienstag,	den 17. 10., abends 7½ Uhr: „Konrad Wallenrod", Oper von Żeleński. (Premiere).
Mittwoch,	den 18. 10. abends 7½ Uhr: „Konrad Wallenrod", Oper von Żeleński.
Donnerstag,	den 19. 10., abends 7½ Uhr: „Faust", Oper von Gounod. (Gastspiel Adam Didur.)
Freitag,	den 20. 10., abends 7½ Uhr: „Tosca", Oper von Puccini. (Gastspiel Adam Didur.)

Vorverkauf der Eintrittskarten bei Szrejbrowski, ulica Fredry 1.